



Weissbuch Zukunft Bildung Schweiz

Programm Debatte, 24. September 2009

13:30	Begrüssung/ Einführung Prof. Dr. Peter Suter Präsident Akademien der Wissenschaften Schweiz Rolf Probala, Moderator
13:40	Weissbuch «Zukunft Bildung Schweiz»: Szenario 2030 und Massnahmen» Prof. Dr. Dr. h.c. Walther Ch. Zimmerli Dr. Dr. h.c. Carlo Malaguerra
14:00	Szenario «Zukunft Bildung Schweiz»: wünschenswert und umsetzbar? Einschätzungen zum Weissbuch und Diskussion: Dr. Heinz Rhyh Leiter Abteilung Qualitätsentwicklung, Generalsekretariat EDK Dr. Ursula Renold Direktorin Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) Dr. Mauro Dell'Ambrogio Staatssekretär Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) Prof. Dr. Richard Bühler Direktionspräsident Fachhochschule Nordwestschweiz Prof. Dr. Willi Stadelmann Präsident Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP) Beat W. Zemp Präsident Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) Hans-Ulrich Bigler Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sgV Bruno Weber-Gobet Travail.Suisse, Leiter Bildungsinstitut ARC Peter Sigerist Zentralsekretär Ressort Bildung, Schweizerischer Gewerkschaftsbund
15:30	Pause
16:00	Impulsreferat und Debatte Prof. Dr. Ernst Buschor, Co-Präsident Forum Bildung Schlusswort: Prof. Dr. Peter Suter
17.30	Ende / Apéro



Weissbuch Zukunft Bildung Schweiz

Die Kernbotschaften

1. Bildung als Investition und nicht als Subvention betrachten!
2. Kompetenzen entfalten und Zusammenhänge aufzeigen, statt bloss Wissen vermitteln!
3. Bildung muss Kreativität fördern und für Wirtschaftsnähe sorgen.
4. Eine hohe Laienkompetenz sichert basisdemokratische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.
5. Lern- und Bildungseinrichtungen fördern Hochbegabte auf allen Stufen des Bildungswesens.
6. Elementares Wissenschafts- und Technikverständnis in der allgemeinen Grundbildung für alle verankern!
7. Die Ausbildung von Lehrkräften für alle und auf allen Niveaus ist ein strategisches Element der Bildungspolitik.
8. Die Kompetenz zur Nutzung der Informationstechnologien gehört zum Alphabetisierungsauftrag der Schule, wie das Lesen, Schreiben und Rechnen.
9. Zwei Drittel eines Jahrganges erwerben einen Abschluss auf Tertiärstufe (Hochschule, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule, höhere Fachschule, höherer Berufsabschluss)
10. Hochschulen können Zugangsberechtigung gezielt steuern.
11. Die Schweiz muss eine international ausgerichtete Strategie für die Entwicklung des Schweizer Bildungssystems formulieren.
12. Das Bildungssystem der Schweiz harmonisieren und vereinfachen, die Bildungsstufen aufeinander abstimmen.
13. Das informelle Lernen begleitet die formelle Bildung, und zwar lebenslang.
14. Eltern und Erziehende müssen sich aktiv am informellen Lernen der Kinder beteiligen.

20.9.2009

Weissbuch Zukunft Bildung Schweiz

Die Hauptbotschaften

Hauptbotschaften	Begründung
<p>Bildung als Investition und nicht als Subvention betrachten!</p>	<p>Der wichtigste Rohstoff der Schweiz ist die Bildung. Auf einer guten Ausbildung unserer Bürgerinnen und Bürger gründet unser Wohlstand. Im Rahmen der Globalisierung entsteht zunehmend eine internationale Konkurrenz um gut ausgebildete Fachkräfte. Künftig können wir immer weniger darauf zählen, fehlende Fachkräfte aus dem Ausland zu beschaffen. Es lohnt sich darum, möglichst viele in unserem Land selber auszubilden. Die finanziellen öffentlichen Aufwendungen dafür haben daher den Charakter einer Investition und nicht einer Subvention. Gut ausgebildete Fachleute sind tendenziell in Bereichen mit hoher Wertschöpfung tätig.</p>
<p>Kompetenzen entfalten statt reines Wissen erwerben</p> <p>In Zukunft müssen sich die menschlichen Kompetenzen besser entfalten können. Die Bildung soll nicht nur die Kenntnisse für die berufliche Tätigkeit vermitteln, sondern ein vertieftes Verständnis, um mit der Welt und der Gesellschaft sinnvoll umzugehen.</p>	<p>Immer mehr Menschen wechseln während ihres Lebens die Ausrichtung ihrer beruflichen Tätigkeit und müssen sich jeweils rasch in ein neues Gebiet einarbeiten können. Das Wissen veraltet in vielen Bereichen heute sehr rasch. Neues Wissen muss ein Leben lang erworben werden können. Das Hauptgewicht der Bildung muss daher von der Wissensvermittlung zum Erwerb von Kompetenzen wie man sich sein benötigtes Wissen (insbesondere über die elektronischen Medien) aneignet, verschoben werden.</p>
<p>Mehr Menschen sollen einen höheren Bildungsabschluss erwerben</p> <p>In Zukunft sollten über zwei Drittel eines Jahrgangs einen so genannten tertiären Bildungsabschluss erwerben. Dazu zählen Abschlüsse in Hochschulen, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen und höheren Fachschulen, aber auch höhere Berufsabschlüsse</p> <p>Gleichzeitig soll die Förderung von Begabungen früh einsetzen und das Durchschnittsalter für die Hochschulbefähigung sollte auf 18 Jahre reduziert werden.</p>	<p>In praktisch allen Berufszweigen wird ein vertieftes wissensbasiertes Verständnis betreffend Materialien, Methoden, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte etc. immer wichtiger. Die praxisorientierten Bildungsabschlüsse müssen daher mehr theoretische Grundlagen und mehr Allgemeinwissen umfassen. Dies ist formal nur im Rahmen eines Tertiärabschlusses möglich. Andererseits fehlt der akademischen Bildung nicht selten der Praxisbezug. Die beiden Bildungsformen müssen sich auf der Basis einer breiten Gesamtbildung annähern und sich zu einem möglichst leistungsfähigen, innovationsfähigen Gesamtsystem ergänzen.</p>
<p>Ausserschulisches Lernen muss grössere Anerkennung erhalten</p> <p>Kinder und Erwachsene erwerben zunehmend Wissen und Fertigkeiten ausserhalb, ins-</p>	<p>Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene erwerben zunehmend Wissen, Kenntnisse und Kompetenzen ausserhalb einer formalen schulischen Ausbildung. Dies vor allem durch den Umgang mit neuen Medien (Computer,</p>

<p>besondere über neue Medien. Diesem Umstand hat die Schulbildung verstärkt Rechnung zu tragen, indem sie das ausser-schulisch erworbene Wissen aufgreift und sinnvoll nutzt.</p>	<p>Web). Das wertvolle – und wachsende – Potenzial der ausser-schulischen (informalen) Bildung soll im Rahmen einer individualisierenden formalen Bildung künftig viel besser zum Tragen kommen.</p>
<p>Wissenschaft und Technik verstehen – ein Teil der Allgemeinbildung</p> <p>In Zukunft muss ein elementares Verständnis für Wissenschaft und Technik Teil der Ausbildung und Allgemeinbildung sein.</p>	<p>Unsere Welt wird immer mehr von Technik dominiert und verändert. Technik gründet weitgehend auf naturwissenschaftlichen Erkenntnissen. Chancen und Risiken der zunehmenden Technisierung in grösseren Zusammenhängen zu verstehen, wird immer wichtiger, Insbesondere müssen die damit zusammenhängenden Probleme des Material- und Energieverbrauchs und deren Folgen für die Um- und Mitwelt breiter verständlich gemacht werden. Ein auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen gründendes Verantwortungs-bewusstsein aller betreffend unseren Umgang mit Material, Energie und Umwelt ist künftig unabdingbar.</p>
<p>Departement für Bildung, Forschung und Innovation gefordert</p> <p>In Zukunft muss das Schweizer Bildungssystem seine Strukturen vereinfachen und vereinheitlichen, denn der Föderalismus zeigt mehr und mehr seine negativen Auswirkungen. Dazu soll der Bund ein neues, eigenes «Departement für Bildung, Forschung und Innovation» schaffen, das eine zentrale Steuerungsfunktion übernimmt.</p>	<p>Bildung ist von höchster strategischer Bedeutung. Die Bildungsbelange müssen daher auf Bundesebene bestmöglich wahrgenommen werden. Dies und die optimale internationale Einbindung bzw. Vernetzung unseres Bildungssystems erfordern eine Konzentration der bildungsorientierten Bundesorgane in einem einzigen Departement.</p>

20.9.2009



Akademien der Wissenschaften Schweiz
Académies suisses des sciences
Accademia svizzera delle scienze
Academias svizas da las ciencias
Swiss Academies of Arts and Sciences

Weissbuch Zukunft Bildung Schweiz

Einschätzungen



Weissbuch Zukunft Bildung Schweiz

Diskussionsbeitrag

Dr. Heinz Rhyh, Leiter Abteilung Qualitätsentwicklung, Generalsekretariat EDK

Bildung ist für die Bevölkerung von existenzieller Bedeutung, ganz besonders in einem mehrsprachigen Land. Die Weiterentwicklung des Bildungssystems geschieht nicht naturwüchsig, sondern ist ein gesamtgesellschaftlicher Gestaltungsprozess. Über Bildung muss deshalb öffentlich diskutiert werden. Das Weissbuch hat einen Impuls für diese öffentliche Diskussion gegeben, der grundsätzlich zu begrüßen ist. „Was wollen wir erreichen? Wie sieht das Umfeld aus, das Erziehung, Schule und Weiterbildung bestimmen wird?“ Das sind die im Vorwort gestellten Fragen. Leider vermag der Bericht den damit geschürten Erwartungen nicht zu entsprechen.

Das von den Akademien der Wissenschaften Schweiz publizierte Weissbuch „Zukunft Bildung Schweiz“ formuliert Anforderungen an das schweizerische Bildungssystem per 2030, aus einer insgesamt eher philosophisch und naturwissenschaftlich ausgerichteten Perspektive. Diese Anforderungen werden einerseits aus einer allgemein gehaltenen Explikation gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und andererseits aus einem Szenario, im Sinne einer Wunschvorstellung, wie das Bildungssystem im Jahre 2030 ausgestaltet sein soll, abgeleitet. Allerdings ist eine kohärente Argumentationslinie schwerlich zu finden, so dass Vermutungen anzustellen sind und Ratlosigkeit sich breit macht.

Das Weissbuch greift einzelne Punkte auf, die zufällig und arbiträr wirken. Ein systematischer Zugriff auf Themen der Bildungssystemsteuerung, der gewisse Aussagen erst verständlich machen würde, fehlt. Es fehlt in der Folge ein kohärenter Systembezug, der Ziele und Massnahmen zueinander in Bezug setzen liesse. Gerade an diesen Stellen, wo im Weissbuch pointierte Aussagen gemacht werden, stellen sich Fragen. Zum Beispiel:

- In den Medien breit diskutiert wurde bislang die Frage, wie die Zielsetzung, dass 70% eines Jahrgangs einen Abschluss an einer höheren Schule erlangen sollen (S. 18), gemeint sein könnte. Sind damit universitäre Abschlüsse gemeint (und wird in Medienaussagen vom „Auslaufmodell“ der dualen Berufsbildung gesprochen), so haben diese 70% eine andere Bedeutung, als wenn damit zwei Drittel Abschlüsse auf Tertiärstufe gemeint sind, wie in der Pressemitteilung zu lesen war. Bereits heute erreichen in der Schweiz gemäss OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ rund 50% einen Abschluss im Tertiärbereich. Mit 50% liegt die Schweiz über dem Durchschnitt der OECD-Länder und über demjenigen der EU-Länder.
- Im Szenario wird vorgeschlagen, dass das Mindestalter für die Beendigung der Pflichtschule auf 18 Jahre erhöht wird. Ist damit ein Obligatorium und gleichzeitige Kürzung der Ausbildung auf Sekundarstufe II gemeint? Das muss angenommen werden, denn in der Marginalie wird das Durchschnittsalter (nicht Mindestalter) 18 Jahre für die Hochschulbefähigung angegeben. In welchem Zusammenhang steht diese Forderung zur Zielsetzung von Bund und Kantonen, dass 95% eines Jahrgangs eine Ausbildung auf Sekundarstufe II abschliessen? Und wo bleibt die Berufsbildung?

Überraschenderweise kommt das Weissbuch fast ausnahmslos ohne Daten und Fakten aus. Die mehrfache Forderung nach einem vereinheitlichten Bildungsangebot und einer effizienten

¹ Zu den tertiären Bildungsabschlüssen gehören einerseits Universitäten, Fachhochschulen (inkl. Pädagogische Hochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen) (Tertiär A) und andererseits Höhere Fachschulen sowie Berufs- und höhere Fachprüfungen (Tertiär B).

und beschleunigten Koordination und Steuerung des Systems (S. 22), bleibt eine allgemeine Forderung, ohne die realen Bedingungen der direkten Demokratie zu berücksichtigen.

Nur durch weitgehendes Ausblenden aktueller Gestaltungsprozesse wird es möglich, Bund und Kantone im Bildungsbereich die Strategiefähigkeit abzusprechen (S. 28). Seit Mai 2006 sind Bund und Kantone verfassungsmässig verpflichtet, gemeinsam im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz zu sorgen (Art 61a, Abs 1 BV). Mit dem Bildungsmonitoring haben Bund und Kantone eigens ein Instrument für die Erfüllung dieses Verfassungsauftrags entwickelt. Was im Weissbuch als nationales Bildungsprogramm gefordert wird (S. 28), ist von den zuständigen Bildungsbehörden bereits aufgeleistet.

Seit der Veröffentlichung des Bildungsberichts Schweiz als Pilotbericht wurde der Monitoringprozess konkretisiert und der erste ordentliche Bildungsbericht wird Anfang 2010 erscheinen. Im Rahmen des Bildungsmonitorings wird eine Strategie entwickelt, die sich an Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Mit dem alle vier Jahre erscheinenden Bildungsbericht werden Ziele, Massnahmen und Evaluationen konkreter, häufiger und regelmässiger bestimmt und angepasst werden können, als dies in der Road Map vorgesehen ist. Ein Nationales Forschungsprogramm oder ein Nationaler Forschungsschwerpunkt im Bereich der Bildungsforschung, wie dies in der Road Map vorgeschlagen wird, wäre in den Dienst dieser bereits laufenden Strategieentwicklung zu stellen.

Im Grundsatz geht das Weissbuch zu Recht davon aus, dass die wichtigsten Anstösse für Veränderungen auch in Zukunft nicht aus dem Bildungssystem selber, sondern aus einem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen und sozialen Kontext kommen. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass die Akademie der Wissenschaften Schweiz eine prospektive Kontextanalyse dieses für die Bildungsentwicklung zentralen mannigfachen Kontextes (ergänzt durch demographische Analysen) vorgenommen hätte. Darin, nämlich einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zur Bildungsstrategieentwicklung zu leisten, hätte der Mehrwert des Weissbuches liegen können. Das vorliegende Weissbuch muss so gesehen als verpasste Chance bezeichnet werden.

Heinz Rhyn, 21.9.2009



Zukunft Bildung Schweiz

Statement Dr. Ursula Renold, Direktorin, Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT

Wenn das „Weissbuch „Zukunft der Bildung Schweiz“ Grundlage für ein nationales Bildungsprogramm sein soll, dann darf erwartet werden, dass es auf einem umfassenden Verständnis der erneuerten Bildungsverfassung basiert, denn gerade Bildungssysteme können sich nicht in einem rechtsfreien Raum entwickeln. Ich beleuchte im Folgenden vier Textstellen im Weissbuch, die zeigen, dass es eine umfassende Überarbeitung des Weissbuches bräuchte, soll es die Reformdiskussionen im positiven Sinne beeinflussen können.

1. Ein Bildungssystem im Umbruch (S. 20)

These im Weissbuch:

„Drei Setzungen formulieren Auftrag und Rahmen dieser Reformen: 1. Das Bundesgesetz über die Fachhochschulen (1995), 2. Die Unterzeichnung der Bologna-Deklaration zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes (1999) sowie 3. Der Bildungsverfassungsartikel zur Neuregelung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten im Bildungswesen (2006).“

Tatsache ist:

1. Die neue Bildungsverfassung besteht aus mehreren Artikeln und regelt den gesamten Bildungsraum Schweiz. Dabei sind insbesondere Artikel 61 a Bildungsraum Schweiz, Art. 62 Schulwesen, Art. 63 Berufsbildung, Art. 63a Hochschulen, Art. 64 Forschung, Art. 64a Weiterbildung zu erwähnen. Es ist festzuhalten, dass es sich bei Art. 61a um eine Programmnorm handelt, welche einerseits hohe Qualität und Durchlässigkeit im gesamten Bildungsraum zum Gegenstand hat ebenso wie in Abs. 3 die Aufforderung an die Verantwortlichen, sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dafür einzusetzen, dass allgemein bildende und berufsbezogene Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden.
2. Mit der Verfassungsreform von 1999 hat der Souverän beschlossen, dass sämtliche nicht-akademische Berufe in die Bundeskompetenz übergeführt werden. In der Folge wurden erstens 2002 das Berufsbildungsgesetz total revidiert und erstmals in der Geschichte der Berufsbildungsgesetze zu einem eigentlichen Bildungsgesetz entwickelt; zweitens wurde das Fachhochschulgesetz 2005 teilrevidiert. Der neue Hochschulartikel 63a hat die verfassungsmässige Grundlage für die Fachhochschulen verändert. Während sie bis zum Mai 2006 noch auf dem Berufsbildungsartikel fundierten, basieren sie seit Mai 2006 auf dem Hochschulartikel. Die neue gesetzliche Grundlage wird das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) bilden, das gegenwärtig in den parlamentarischen Beratungen ist.
3. Bereits in der BFI-Botschaft 2008-2011 hat der Bundesrat die Vorarbeiten zu einem Weiterbildungsgesetz angekündigt (Umsetzung Art. 64a BV). Es soll neben Förderung der Qualität und Transparenz insbesondere die Anschlussfähigkeit der non-formalen Bildungsleistungen im formalen Bildungssystem ermöglichen.

Das Weissbuch ignoriert die meisten der vorgestellten vielschichtigen Fakten. Die eklektische Zusammenstellung und das Nichtbeachten zahlreicher erfolgter Reformen bei der Aufzählung der „obersten bildungspolitischen Setzungen“ erklärt wohl, dass im Kapitel „Szenario 2030“ des Weissbuchs folgender Fehlschluss auf die Zukunft 2030 gezogen wird.



2. Auswahl, Matura, Universitäten (S. 18)

These im Weissbuch:

„Zwei Drittel eines Jahrgangs erwerben einen Abschluss auf Tertiärstufe; das Durchschnittsalter für die Hochschulbefähigung beträgt 18 Jahre.“

Tatsache ist:

1. Die Tertiärstufe besteht aus einem Tertiär A-Bereich (Hochschulen) und einem Tertiär B-Bereich (höhere Fachschulen, Berufs- und höhere Fachprüfungen). Das Weissbuch blendet den Tertiär-B-Bereich völlig aus, dabei sind es gerade diese Abschlüsse, welche am besten vor Arbeitslosigkeit schützen, eine hohe Bildungsrendite aufweisen und die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes in hohem Masse befriedigen, da die Wirtschaft selbst treibende Kraft der Reformen ist.
2. Bereits 1995 wurde – parallel zur Schaffung von Fachhochschulen – die Berufsmaturität eingeführt. Sie ist der Königsweg für Berufslernende, welche an die Fachhochschulen wollen. Im Jahre 2005 wurde die Passerellen-Prüfung eingeführt für Inhaber/innen einer Berufsmaturität, die in die universitären Hochschulen eintreten wollen. Das heutige Bildungssystem ist im Übergang von der Sekundarstufe II in die Tertiärstufe äusserst durchlässig und bietet Karrieremöglichkeiten für alle Eignungen und Neigungen.
3. Rund 90% der jungen Erwachsenen erwerben heute in der Schweiz einen ersten nachobligatorischen Abschluss und verfügen damit über einen Zugang zur Tertiärstufe (A und B). Erklärtes Ziel von Bund und Kantonen ist es (2006), diesen Prozentsatz auf 95% anzuheben. Eine einseitige Betrachtung auf den Hochschulzubringer widerspricht dem Verfassungsgedanken und verkennt die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Was nützt es, wenn wir 70% Hochschulabsolvent/innen eines Jahrgangs teuer ausbilden und sie keine adäquate Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt finden können?

Wichtige Stärken unseres Bildungssystems sind schon heute dessen Durchlässigkeit und die Anschlussfähigkeit seiner Abschlüsse. Das Schweizerische Bildungssystem bietet eine Vielzahl unterschiedlicher Abschlüsse, die von der Arbeitswelt geschätzt werden. Absolventen des berufsbezogenen Tertiär B-Bereichs haben sehr gute Arbeitsmarktaussichten.

3. Pragmatisch utilitaristische Orientierung und Entwicklung (S. 23)

These im Weissbuch:

„Auch das duale Bildungssystem einer betrieblich berufsständisch getragenen und organisierten Ausbildung mit ergänzenden staatlichen Berufsschulen, das ganz aus dem Geist eines pragmatisch utilitären Bildungsideals stammt, stösst sichtlich an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit.“

Tatsache ist:

1. Die Leistungsfähigkeit des dualen Berufsbildungssystems ist gemessen an massgebenden Outcome-Indikatoren hervorragend. Die **tiefe Jugendarbeitslosigkeit** ist im internationalen Vergleich sehr gut (vgl. OECD-Review „Learning for Jobs“, 2009). Während Finnland zwar bei den PISA-Ergebnissen top ist, wies dieses Land 2008 eine Jugendarbeitslosigkeit von 28% auf. Berufslernende in der Schweiz verfügen über eine **hohe Mobilität auf dem Arbeitsmarkt**. Sie können von einem Wirtschaftssektor in den anderen wechseln, was u.a. auf eine breite berufliche Grundbildung mit überdauernden Kompetenzen zurück zu führen ist. **Ausbilden lohnt sich für Betriebe**; und ihre Branchenorganisationen verfügen wie in keinem anderen Land auf der Welt über inhaltliche **Entscheidungskompetenzen**. Hohe **Durchlässigkeit im Bildungssystem**



- macht den berufsbildenden Weg **attraktiver denn je**. Seit Jahren belegt die Schweiz **Spitzenplätze an den Berufsweltmeisterschaften**. Auch dieses Jahr hat die Schweizer Berufselite in Calgary 14 Medaillen gewonnen, unter anderem im IT-Bereich!
2. Das neue Berufsbildungsgesetz von 2002 ist ein umfassendes Bildungsgesetz. In Art. 3 ist die Zielnorm festgeschrieben. „Dieses Gesetz fördert und entwickelt: a. ein Berufsbildungssystem, das den Einzelnen die berufliche und persönliche Entfaltung und die Integration in die Gesellschaft, insbesondere in die Arbeitswelt, ermöglicht und das ihnen die Fähigkeit und die Bereitschaft vermittelt, beruflich flexibel zu sein und in der Arbeitswelt zu bestehen; ...“. Gegenstand **der beruflichen Grundbildung** (auf die sich wohl die These bezieht) ist in **Art. 15** festgehalten: „Die berufliche Grundbildung dient der Vermittlung und dem Erwerb der Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten (nachfolgend Qualifikationen), die zur Ausübung einer Tätigkeit in einem Beruf oder in einem Berufs- oder Tätigkeitsfeld (nachfolgend Berufstätigkeit) erforderlich sind. Abs. 2: Sie umfasst insbesondere die Vermittlung und den Erwerb:
 - a. der berufsspezifischen Qualifikationen, welche die Lernenden dazu befähigen, eine Berufstätigkeit kompetent und sicher auszuüben;
 - b. der grundlegenden Allgemeinbildung, welche die Lernenden dazu befähigt, den Zugang zur Arbeitswelt zu finden, darin zu bestehen und sich in die Gesellschaft zu integrieren;
 - c. der wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Kenntnisse und Fähigkeiten, welche die Lernenden dazu befähigen, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen;
 - d. der Fähigkeit und der Bereitschaft zum lebenslangen Lernen sowie zum selbstständigen Urteilen und Entscheiden.
 3. Mit der Integration der neuen Bildungsbereiche Gesundheit, Soziale Arbeit und Kunst in die Bundeskompetenz sowie der Tertiarisierung gewisser Ausbildungen in diesen Bereichen sind neue, moderne anspruchsvolle Zukunftsberufe entstanden, die nicht nur für unsere alternde Gesellschaft Lösungen versprechen, sondern ebenso den Präferenzordnungen von jungen Berufsleuten gerecht werden.

Die Leistungsfähigkeit des dualen Berufsbildungssystems ist heute auch im internationalen Vergleich beachtlich. Das Berufsbildungssystem weist eine hohe Anpassungsfähigkeit und Flexibilität auf und wird neuen Herausforderungen gerecht.

4. Nationales Bildungsprogramm (S. 28)

These im Weissbuch:

Das Weissbuch moniert das Fehlen einer Strategie für die Entwicklung des schweizerischen Bildungssystems und ein nationales Bildungskonzept.

Tatsache ist:

1. Ausgehend von der verfassungsmässigen Verpflichtung zur Koordination ihrer Anstrengungen für den Bildungsraum Schweiz (Art. 61a BV) haben Bund und Kantone gemeinsam das Bildungsmonitoring Schweiz installiert. Der Bildungsmonitoringprozess legt die Basis für die Erarbeitung einer evidenzbasierten Strategie für das Bildungssystem Schweiz. Bereits 2006 erschien der „Bildungsbericht Schweiz 2006“ als Pilotbericht. Darin wird das gemeinsame Verständnis zum Bildungsmonitoring ausgedrückt: „Bildungsmonitoring ist die systematische und auf Dauer angelegte Beschaffung und Aufbereitung von Informationen über ein Bildungssystem und dessen Umfeld.



Es dient als Grundlage für Bildungsplanung und bildungspolitische Entscheide, für die Rechenschaftslegung und die öffentliche Diskussion.“

2. Bundesrat und Parlament haben 2007 das Bundesgesetz über Beiträge an gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraums Schweiz verabschiedet.
3. Anfangs 2010 werden Bund und Kantone den ersten Schweizerischen Bildungsbericht 2010 veröffentlichen, der die Grundlage bildet für eine breite Diskussion und Auswertung unter den Fachkreisen. Bis Frühling 2011 wird die Prozessleitung des Bildungsmonitoring einen Auswertungsbericht vorlegen, der Vorschläge für gemeinsame Zielsetzungen von Bund und Kantonen im Bildungsbereich enthält. Diese gemeinsamen Zielsetzungen werden in die Arbeiten zur BFI Botschaft 2013-2016 und in das Tätigkeitsprogramm der EDK eingebunden.

Der von Bund und Kantonen gemeinsam erarbeitete Bildungsmonitoringprozess legt die Basis für eine evidenzbasierte Strategie für das Bildungssystem Schweiz. Der erste nationale Schweizerische Bildungsbericht 2010 bietet eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Grundlage für die Steuerung des Bildungssystems.

Die Autoren des „Weissbuch der Akademien der Wissenschaften“ haben dem Weissbuch zu einem Negativ-Image verholfen, bevor es in den Fachkreisen überhaupt ernsthaft diskutiert werden konnte. Die direkte Publikation und der fehlende Einbezug der Fachkreise erschwert nun eine sachbezogene und zielführende Diskussion. Es wäre an den Autoren selbst, die neue Bildungsverfassung in ihrer Gesamtheit zu reflektieren und unter Einbezug der massgebenden Kreise und wissenschaftlichen Quellen eine Neuauflage anzugehen.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass sich die Akademien der Wissenschaften an diesem Auswertungsprozess beteiligen und die Diskussion konstruktiv begleiten.

Bern, 21. September 2009



*Zukunft Bildung Schweiz – Öffentliche Debatte 24. September 2009, Biel,
Statement von Staatssekretär Mauro Dell’Ambrogio, Kurzversion übersetzt aus dem Italienischen*

Die Aussagen des Weissbuchs Bildung wurden in der öffentlichen Debatte teilweise verzerrt wiedergegeben. Grund dafür war, dass man voreingenommene Gegenüberstellungen vornahm, die einseitig die Sicht der Berufsbildung oder der universitären Ausbildung reflektierten. Nun kann es ja durchaus sein, dass durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unerwünschte, letztendlich jedoch unvermeidbare Anpassungen der beruflichen Bildung erforderlich werden. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, aus lauter Furcht vor dem Unvermeidbaren vermeidbare Fehler zu begehen.

Aus der zweifellos zutreffenden These, dass in Zukunft mehr Menschen in der Schweiz eine Tertiärbildung haben sollten, darf ebenfalls nicht der Fehlschluss abgeleitet werden, dass die Bildung generell zu akademisieren oder das klassische Studium zeitlich auszudehnen sei. Die Ausbildung wird inskünftig weit weniger linear verlaufen, als wir dies bislang gewohnt sind. Wer sich heute aus- und weiterbildet, tut dies zusehends modular, und in dieser Hinsicht sind wir gut positioniert: Eine der wichtigsten Stärken unseres tertiären Bildungssystems ist seine Durchlässigkeit mit Zugangsmöglichkeiten, die der praktischen Erfahrung Rechnung tragen und erlauben, sie im Hinblick auf ein Studium zu valorisieren.

Der am meisten bestrittene These des Weissbuchs kann ich mich hingegen sehr wohl anschliessen, falls damit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass in Zukunft im Vergleich zu heute weit mehr Bewohner unseres Landes ihre Ausbildung nicht ein für allemal im Alter von 19 Jahren abgeschlossen haben. Wobei klar sein muss, dass das nicht bedeuten kann, dass die Mehrheit der Bevölkerung bis ins Alter von 22 oder darüber hinaus ein Vollzeitstudium absolvieren soll.

Weniger überzeugend ist aus meiner Sicht die Forderung des Weissbuchs für eine nationale Bildungspolitik. Was wir brauchen, sind Bildungssysteme, die gegenüber aussen offen sind und es uns erlauben, sowohl europa- als auch weltweit mobil zu sein. Ein nationaler Fokus bringt uns hier nicht weiter.

Trotz (oder vielleicht gerade wegen) ihres föderalen Bildungssystems war die Schweiz einer der ersten Staaten, der sich dem neuen europäischen Hochschulraum, dem Bologna-Prozess, anschloss. Es braucht kein nationales System, um sich besser oder schneller internationalen Standards anpassen zu können.

Die schweizerische Bildungspolitik hat ihren Beginn im 19. Jahrhundert mit der Gründung der ETH und der daraus ergebenden einheitlichen Anforderungen für das Bestehen der Maturitätsprüfung. Nach mehr als einem Jahrhundert der in diesem Bereich landesweit einheitlich gehandhabten Praxis sehen wir uns heute mit regional stark unterschiedlichen Maturitätsquoten konfrontiert. Die gymnasiale Matura, die in St. Gallen abgelegt wurde, hat nur auf dem Papier den gleichen Wert wie jene in Genf. Soziale, kulturelle und regionalwirtschaftliche Faktoren fallen stärker ins Gewicht als der starken Schwankungen unterworfenen Wille zur landesweit abgestimmten Koordination. Ein Bildungssystem muss diesen Sachverhalten Rechnung tragen und darf nicht darauf ausgerichtet sein, sie zum Verschwinden zu bringen.

Das gilt auch für die Verwaltung. Wenn man zusätzliche finanzielle Mittel für die Schule hat, sind grundsätzlich zwei Strategien möglich: Man erhöht die Lehrerlöhne, oder man stellt mehr Lehrer für kleine Klassen ein und bietet individualisierten Unterricht an. Was ist besser? Wissen wir das? Und selbst wenn wir es wüssten: Wären wir sicher, dass es eine einzige Lösung gäbe, die die beste für die ganze Schweiz wäre?

Die Erfahrungen aus dem europäischen Markt lehren uns, dass Grundsätze der gegenseitigen Anerkennung, beispielhaft dargelegt bei Cassis-de-Dijon, besser funktionieren als zentral vereinheitlichte Regelungen. Und dies gilt, so meine ich, auch für einen gemeinsamen Bildungsraum, sei dieser europäisch oder national.

Zukunft Bildung Schweiz, einige Statements

Die Schrift "Zukunft Bildung Schweiz" beschreibt aus meiner Sicht weitgehend auf gekonnte Art die strategischen Grundzüge eines zukunftsfähigen Bildungsverständnisses aus der Perspektive einer Wissensgesellschaft.

Die aufgeführten Überlegungen und Massnahmen entsprechen mehrheitlich auch meinen Vorstellungen im Hinblick auf eine erfolgsversprechende und nachhaltige Entwicklung. Das umschriebene "Humanvermögen" und die aufgeführte "Entfaltung der Persönlichkeit" sind zweckmässige Orientierungshilfen.

Wesentlich ist, dass alle Bildungsstufen angesprochen sind. Nur eine umfassende Optimierung des gesamten Bildungssystems wird die Menschen befähigen, mit der Welt und der Gesellschaft von morgen sinnvoll umzugehen bzw. darin angemessene Beiträge zu leisten. Referenz und Messlatte dazu sind die An- und Herausforderungen einer globalisierten Welt.

Obwohl im erzieherischen Bereich weiterhin und prioritär das Elternhaus gefordert ist spielt das Vorhandensein qualifizierter Lehrkräfte die letztlich entscheidende Rolle. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte muss sich daher an sorgfältig hergeleiteten, stufenspezifischen Kompetenzprofilen orientieren.

Dabei gilt es auszutarieren, wie viel Ausbildungszeit für die unterschiedlichen zu vermittelnden Kernkompetenzen eingesetzt werden sollen/können (Balance zwischen "Breite und Spitzenleistung"). Auch wenn künftig vermehrt moderne Lehr- und Lernkonzepte angewendet werden und verstärkt auch selbsterworbene Kompetenzen wichtig sind, ist das persönliche Einwirken gut ausgebildeter Lehrkräfte unabdingbar. Zudem kann die gesamthaft zur Verfügung stehende Ausbildungszeit nicht substantiell verlängert werden.

Die Themen Nachhaltigkeit (Ressourcen) und demografische Entwicklung (insbesondere im Rahmen des lebenslangen Lernens) sind, wie umschrieben, in die Überlegungen einzubeziehen.

Die Bewältigung der bildungspolitischen Herausforderungen bedingt richtigerweise auch strukturelle Optimierungen. Die erwähnten Vorschläge scheinen verfolgenswert. Wichtige Erfolgsfaktoren sind die erwähnte Hochschulautonomie und das Bestehen der Hochschulen im Spannungsfeld von Konkurrenz und Kooperation.

Abschliessend sollen zwei Punkte des Berichts speziell beleuchtet und kritisiert werden.

Die postulierte 70%-Quote für Abschlüsse auf der Tertiärstufe ist meines Erachtens zu hoch. Das Schweizerische Bildungssystem ist insbesondere darum ein Erfolgsmodell, weil den Unternehmungen auf allen Stufen hochqualifizierte Berufsleute zur Verfügung stehen. Eine substantielle Erhöhung der Hochschulquoten würde einerseits das Niveau auf Hochschulstufe senken und zudem unnötigerweise Berufsleute zu Ungunsten der Unternehmungen dem Arbeitsmarkt entziehen.

Zu kurz greift die Besprechung des dualen Bildungssystems. Hier wären vertiefte Überlegungen und konkrete Lösungsvorschläge zur Optimierung hilfreich. Obwohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt, darf aus meiner Sicht dieser Bildungsweg keinesfalls gefährdet werden. Die erwähnten "Grenzen der Leistungsfähigkeit" müssen angegangen werden ohne die Grundidee zu torpedieren. Dies muss klar kommuniziert werden!

Prof. Dr. Willi Stadelmann
Direktor
Pädagogische Hochschule Zentralschweiz PHZ
Präsident der Schweizerischen Konferenz der Rektoren
rinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen
COHEP
Zentralstrasse 18
CH- 6003 Luzern, Schweiz
www.phz.ch
www.cohep.ch
willi.stadelmann@phz.ch
+41 41 227 30 02



„Zukunft Bildung Schweiz“: Debatte zum „Weissbuch“ vom 24. September 2009 in Biel. Kurz-Statement von W. Stadelmann, Präsident COHEP

Das Weissbuch ist interessant, allerdings etwas heterogen, unsystematisch, etwas zufällig wirkend und nicht unbedingt sehr neu und wegweisend, was die Szenarien für die Zukunft betrifft. Ich bin aber froh um diese Unterlage; sie bietet doch eine Plattform für (kontroverse) Diskussionen. Leider eine Plattform, die sich recht schlecht auf die realen Gegebenheiten und bereits laufenden Entwicklungen abstützt. Sicher ist es wichtig, dass Diskussionen über die Zukunft von Bildung in die Breite und in die Tiefe geführt werden. Und zwar möglichst tatsächengestützt und nicht einfach vorwiegend auf der emotionalen Ebene. Ob dieses Weissbuch eine valide Grundlage für solche Diskussionen bietet, bleibt abzuwarten.

Vielem, was die Analyse der heutigen Situation und das Szenario 2030 anbetrifft, kann ich mich anschliessen, so zum Beispiel der allgemeinen Ausrichtung von Schule und des Lehrerberufs in der und für die Zukunft.

Ich erlaube mir, im Folgenden nur auf Punkte, welche die Lehrerbildung (die ich in der Debatte vertrete) betreffen, einzugehen:

Ich teile die Zielrichtung im Szenario 2030, dass Spitzenleistungen der Lehrkräfte einen wichtigen Baustein des Bildungssystems darstellen (S. 17). Sicher ist, dass Lehrpersonen auch in Zukunft auf Hochschulebene ausgebildet werden sollen, ev. bis 2030 auf Ebene Universität. Aber nicht in Form einer akademischen Elfenbeinturmausbildung sondern als praxisgerichtete Berufsausbildung auf wissenschaftlichem Fundament. Ziel ist die qualitativ hoch stehende Ausbildung von Lehrpersonen und damit die hohe Qualität der Schweizer Schulen. Hauptzugangsweg soll die gymnasiale Matura sein, aber nicht ausschliesslich. Gleichwertige Zugangswege über die Berufsbildung z.B. sind ausserordentlich wichtig, denn auch auf diesem Wege kommen ausgezeichnete künftige Lehrpersonen in die tertiäre Lehrerbildung. Ich finde das auf Seite 18 formulierte „Ziel eines Anteils von 70% eines Jahrgangs mit einem Abschluss an einer höheren Schule“ mit Hochschulzugang (was ist das? 70% mit gymnasialer Matur?) nicht erstrebenswert. Es ist nicht anzunehmen, dass 70% einen Hochschulzugang, der wirklich für ein Hochschulstudium qualifiziert, erreichen können. Und die sehr zukunftsweisende Berufsbildung in der Schweiz darf nicht einfach zerstört werden.

Ich lege Wert darauf, dass Zukunftsszenarien für die Lehrerbildung auf einer realistischen Gegenwarts-Beschreibung basieren und heutige Entwicklungen einbeziehen müssen. Hier ist unter „Sonderstellung der Pädagogischen Hochschulen“ recht nachlässig vorgegangen worden. Im Sinne einer realen Klärung (nicht im Sinne einer Abwehr von allfälliger Kritik) gehe ich auf ein paar Punkte ein:

- In den heutigen PHs wird die „Tradition“ der Lehrerseminarien „mit ihrer charakteristischen Mischung von Allgemeinbildung und Berufslehre diesseits akademischer Studien“ (S. 24 linke Spalte) *eben gerade nicht* fortgesetzt. Die PHs haben den Doppelauftrag nicht mehr, Maturitäts- Allgemeinbildung zu vermitteln *und* Berufsausbildung zu machen. Die Studierenden kommen mit der gymnasialen Matur oder einer gleichwertigen Allgemeinbildung an die PHs, und die PHs können sich vor allem auf Lehrerbildung, also auf die Berufsbildung konzentrieren. Natürlich werden die PH- Studierenden auch in den Fächern weiter gefördert; natürlich wird auch zusätzliches Fachwissen vermittelt. Im Studium für die Sekundarstufe I ganz besonders. Aber nicht auf Stufe Allgemeinbildung entsprechend der gymnasialen Matura sondern auf Hochschulebene.
- Es gibt keine „eigene Rekrutierungsbasis“; sie entspricht im Grossen und Ganzen derjenigen der Universitäten. So ist es auch im neuen HFKG vorgesehen.
- Die Basierung der Ausbildung an den PHs auf Forschung ist heute Tatsache. Und die PHs weisen heute schon in der berufsfeldbezogenen Forschung hohe Leistungen aus, die sich qualitativ mit Forschungsvorhaben an Universitäten durchaus vergleichen lassen. Forschung steht schon heute im Dienste der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Dass es Schnittstellenprobleme gibt und Qualifikationen von Dozierenden verbessert werden müssen, ist richtig.
- Völlig unverständlich sind für mich Äusserungen unter „Pädagogische Förderungen und Selektion“ S. 24 rechte Spalte. „...wird hier vielfach ein wertschätzendes Klima höher eingeschätzt als Lernleistung und Zuwachs an Wissen und Können. Die Lehrerqualifikation bemisst sich dann mehr an der sozialen und interaktiven Kompetenz als an der Sachkompetenz im Lehrfach.“ Das ist nicht nachvollziehbar und entspricht in keiner Weise der Realität. Es ist für das Szenario 2030 dringend die Einsicht nötig, dass es beides braucht: Wertschätzendes Klima *und* hohe Lernleistung und Zuwachs an Wissen und Können. Beides bedingt sich gegenseitig. Das Ausspielen von „Wertschätzung“ gegen „Wissenschaftlichkeit“ ist unsinnig. Ins gleiche Kapitel gehören Äusserungen zum Bachelorstudium auf Seite 25 oben linke Spalte. Und: Fachdidaktik, die an PHs in hohem Masse vermittelt und praktisch angewendet wird, ist eine Wissenschaft! Da laufen heute (hoffentlich zukunftsweisende) Entwicklungen in Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen.
- Die Aussage: „Die EDK- Reglemente über die Anerkennung der Diplome für Lehrkräfte der Primar- und Sekundarschulen und die Anerkennung der entsprechenden Bachelorstudiengänge gewichten in Fortsetzung dieser Tradition die pädagogisch- sozialwissenschaftlichen und berufspraktischen Ausbildungsteile immer noch höher als die fachlich-fachdidaktischen“ kann im Lichte der tatsächlichen Gegebenheiten an den PHs nicht unterstützt werden. Für die berufspraktischen Ausbildungsteile bilden die fachlich-fachdidaktischen Teile die Grundlage. Die EDK- Reglemente sind keineswegs so, dass die Fachlichkeit in den Studiengängen quasi „von oben“ als weniger wichtig bezeichnet wird.

Ich unterstütze intensiv die Weiterentwicklung eines nationalen Bildungsprogramms; es ist heute schon recht weit entwickelt. Ein Nationales Forschungsprogramm „Bildungsforschung“ muss dringend entwickelt und realisiert werden; hier herrscht Nachholbedarf.

Mehr denn mündlich in Biel.
Luzern, 16. September 2009
W. Stadelmann

S:\PHZWiss-MA\Willi Stadelmann\Referate Publikationen\Weissbuch-Biel-18092009.Doc

Kurzposition des LCH zum Weissbuch Zukunft Bildung Schweiz

Einschätzung zum Szenario

Das Weissbuch enthält eine Reihe von Aussagen und Zielvorstellungen, die auch vom Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) unterstützt werden. Namentlich sind dies:

- Bildung als wichtigste strategische Investition für eine nachhaltige Entwicklung der Schweiz
- Orientierung am Potenzial jedes Kindes («Stärken stärken» bei gleichzeitigem Erreichen von Mindeststandards in den Schlüsselkompetenzen)
- Förderung des lebenslangen Lernens und des Zugangs zu den tertiären Ausbildungsgängen (Höhere Berufsbildung, Fachhochschulen und Universitäten)
- Einbezug von Informations- und Kommunikationstechnologien in den Kernauftrag der Schule
- Bessere Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, die Spitzenleistungen ermöglichen, sowie
- Höhere soziale Wertschätzung und wettbewerbsfähigere Entlohnung von Lehrpersonen.

Die Liste der Vorbehalte, Relativierungen, Widersprüche, ausgeblendeten Randbedingungen und fehlenden Antworten auf wichtige Systemfragen ist jedoch deutlich länger. Dazu gehören vor allem:

- Fehlende Lösung des «Sisyphus-Problems» (Schule als Reparaturwerkstatt der Gesellschaft).
- Fehlende Lösung des Heterogenitäts-Problems in Schweizer Schulklassen.
- Wie kommt man in einer pluralistischen Gesellschaft zu einem Konsens über Bildungsinhalte?
- Förderalismus: Ein internationales Erfolgsmodell oder eine lästige Systementwicklungsbremse?
- Wie steht es um die Akzeptanz einer Pflichtschule für alle bis 18 Jahre?
- Wie kann eine hohe Qualität der gymnasialen Matur, der Berufsmatur und der Fachmatur erhalten werden und warum soll man die hohe Qualität der Berufsausbildung aufs Spiel setzen?
- Wie können wir dem sich abzeichnenden «strukturellen Lehrermangel» entgegen wirken? 1999 waren 20% der Lehrpersonen älter als 50; heute sind es bereits 35%.
- Woher kommen künftig die guten Handwerker, die wir ebenso dringend brauchen, wie die akademisch gebildeten Fachkräfte?
- Warum wird der Bereich Tertiär B nicht genügend berücksichtigt («Kopenhagen-Prozess» analog zum «Bologna-System» an den Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und FHS) ?
- Die Lehr- und Lernkultur orientiert sich zu stark an der Wissensvermittlung und am Glauben, dass durch «blended learning» vieles spielend einfach bzw. einfach spielend gelernt werden könne.

Einschätzung zur Umsetzbarkeit

Gesamtschauen und visionäre Konzepte haben es nicht einfach in unserem Land. Dies gilt besonders für das Bildungswesen, dessen Entwicklung künftig durch ein «Departement für Bildung, Forschung und Innovation» auf Bundesebene gesteuert werden soll. Nur so könnten die sich im föderalistischen System zwangsläufig stellenden Probleme der Koordination, Konsensfindung und Umsetzung gemäss Road Map gelöst werden. Für diesen entscheidenden Totalumbau des bisherigen Systems fehlt im Weissbuch leider jede Machbarkeitsüberlegung. Damit bleibt das Weissbuch aber auf der rein visionären Ebene, weil dieses neu zuschaffende Departement wie ein «deus ex machina» funktionieren muss: Mit einem Schlag soll es die zahlreichen Hindernisse auf dem Weg zum Szenario 2030 aus dem Weg räumen. Aber selbst wenn dies gelänge, wird nicht klar, wie man zu «70% Absolventen höherer Schulen» kommen will, wenn gleichzeitig die Selektion durch Zugangsprüfungen der FHS und der Hochschulen verschärft wird. Ob sich die grossen Hoffnungen, die in Einzelmassnahmen wie das nationale Bildungsprogramm gesetzt werden, tatsächlich erfüllen lassen, bleibt ebenso fraglich. Dies gilt insbesondere auch für die politische Durchsetzbarkeit einer durchaus notwendigen längeren Ausbildung von Lehrpersonen auf Masterstufe und einer damit verbundenen höheren Entlohnung. Hoffen darf man immer, auch wenn die momentane Situation wenig Anlass zur realistischen Umsetzung solcher Massnahmen gibt.

ZP LCH/22.09.2009

Frontalangriff auf das duale Berufsbildungssystem Debatte Zukunft Bildung Schweiz, 24. September 2009

Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

In ihrem Weissbuch „Zukunft Bildung Schweiz“ lancieren die Akademien der Wissenschaften Schweiz einen Frontalangriff auf das duale Berufsbildungssystem. Die Autoren haben es verpasst, sich auch nur im Ansatz mit den Vorzügen der dualen Berufsbildung – einem Standortvorteil der Schweizerischen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb – auseinanderzusetzen.

1. Stärken des dualen Berufsbildungssystems

Die Stärken des dualen Berufsbildungssystems liegen im gezielten Ressourceneinsatz, die Grundbildung erfolgt im Hinblick auf die Arbeitsmarktfähigkeit. Bildungsökonomie bedeutet in diesem Zusammenhang insbesondere auch, dass sich das Lehrstellenangebot nach dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt ausrichtet. Zudem erfolgt das Lernen an drei Arbeitsorten im Lehrbetrieb, der Berufsfachschule und den Überbetrieblichen Kursen. Dieser Wechsel führt in jungen Jahren zu einer hohen Sozialkompetenz und zu Beginn des Eintritts in die Arbeitswelt im Vergleich zu Universitätsabgängern zu komparativen Lohnvorteilen.

Eine wesentliche Errungenschaft ist im Weiteren die hohe Durchlässigkeit auf allen Stufen. Mit der Einführung von Berufsmatura und Fachhochschulen wurde die Berufslehre wesentlich aufgewertet und heute gilt im Vergleich zur akademischen Laufbahn der Grundsatz „Gleichwertig – aber andersartig“.

Im Gegensatz zum Ausland führt die moderate Maturaquote zu einer rekordtiefen Jugendarbeitslosigkeit, was der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit unseres Systems ist. Das Weissbuch weist dagegen mit dem Vorschlag einer möglichst hohen Maturaquote und einer „Verakademisierung“ der Berufsbildung den direkten Weg in die Jugendarbeitslosigkeit, wie das Beispiel Finnland deutlich aufzeigt.

2. Unausgegrenzte Thesen

- Das **Weissbuch** behauptet, das duale Berufsbildungssystem stosse an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Vor dem Hintergrund des angeblichen Zusammenwachsens von beruflicher und allgemeiner Bildung sei die KMU-Wirtschaft vor kaum lösbare Probleme gestellt.

Tatsache ist: 70% aller Lernenden werden in gewerblichen KMU's ausgebildet. Die Weiterentwicklung der Lehrberufe erfolgt dabei in erster Linie innerhalb der Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände) und in vielen Fällen paritätisch zusammen mit den Sozialpartnern. Viele Berufsbildner leisten einen hohen Einsatz im Milizprinzip und stellen damit einen hohen Praxisbezug zur realen Arbeitswelt her bzw. bringen die Branchensicht und –anforderungen ein.

- Das **Weissbuch** fordert eine vermehrte Kompetenzen-Orientierung verbunden mit dem Hinweis auf das „Lifelong Learning“.

Tatsache ist: die Forderung nach Kompetenz-Orientierung ist schon lange gelebte Wirklichkeit und findet ihren konkreten Niederschlag in den Bildungsverordnungen der Grundbildung. In der realen Arbeitswelt hat sich zudem die Erkenntnis durchgesetzt, dass in der gesamten Arbeitskarriere vier bis fünf neue Berufe zu lernen sind (Lifelong Learning), entsprechend hoch sind die Anstrengungen der Berufsverbände in der Weiterbildung.

- Das **Weissbuch** kritisiert, dass die Berufsbildung den Strukturwandel von der Industrie hin zur Dienstleistungsgesellschaft zu wenig abbildet.

Tatsache ist: die beiden Sektoren sind eng vernetzt und die Darstellung eines vermeintlichen Gegensatzes eine klassische Fehlüberlegung. Die Praxis zeigt, dass die Grundbildung zusammen mit der gesammelten Praxiserfahrung notwendige Voraussetzung bildet, um im Dienstleistungsbe-
reich erfolgreich zu bestehen. Gerade die Industrie lagert Beratungen in den Dienstleistungsbe-
reich aus, setzt aber dort auf Fachkräfte, die die industriellen Verhältnisse aus eigener Erfahrung
kennen. Der eine Sektor bedarf des anderen, neue Wertschöpfungsketten entstehen.

- Das **Weissbuch** behauptet, die Berufsbildung müsse zunehmenden wissenschaftlichen Ansprü-
chen genügen.

Tatsache ist: das Weissbuch blendet den gesamten „Tertiär B“ – Bereich, d.h. Höhere Fachschu-
len einerseits und Höhere Fachprüfungen bzw. Eidgenössische Berufsprüfungen andererseits –
vollständig aus. 90% der Absolventen erwerben sich mit dem Abschluss der Grundbildung den
Zugang zur Tertiärstufe. Das Weissbuch verkennt, dass die KMU-Wirtschaft insbesondere aus
dem „Tertiär B“ - Bereich ihre Kader und zukünftigen Unternehmer/-innen rekrutiert. Der „Tertiär
B“ – Bereich versteht sich nach dem Grundsatz „Gleichwertig – aber andersartig“ auf der gleichen
Stufe wie der „Tertiär A“.

- Das **Weissbuch** stellt fest, dass heute jährlich rund 30`000 Kader importiert werden müssen und
leitet daraus den dargestellten Handlungsbedarf ab.

Tatsache ist: das Weissbuch übersieht grosszügig, dass im Gegensatz zum dualen Berufsbil-
dungssystem die universitäre Ausbildung nicht auf die Arbeitsmarktfähigkeit ausgerichtet ist. Der
Uni-Absolvent ist hinsichtlich seiner Studienwahl frei, der bildungsökonomische Aspekt entfällt
damit zumindest teilweise. Diese Problematik müsste vor dem Hintergrund des ausgewiesenen
Mangels insbesondere an Ingenieuren vertieft diskutiert und in die Überlegungen auch im Hinblick
auf die Gegebenheiten im Arbeitsmarkt (z.B. Lohnpolitik der diversen Akteure) miteinbezogen
werden.

3. Forderungen des sgv für die Zukunft

Die Forderung nach Anpassungen von Strukturen erachtet der Schweizerische Gewerbeverband –
der mit 280 Mitgliedverbänden und gegen 300`000 Unternehmungen grösste Dachverband der
Schweizer Wirtschaft – als nicht vordringlich. Erfahrungsgemäss lenken strukturelle Überlegungen
vielfach von den inhaltlich drängenden Fragestellungen ab.

Hingegen nimmt der sgv die laufenden Angriffe auf die duale Berufsbildung mit grosser Sorge zur
Kenntnis. Die Verkennung dieses Systems setzt einen internationalen Standortvorteil unseres Landes
fahrlässig aufs Spiel, dagegen wird sich der sgv mit aller Kraft zur Wehr setzen.

Der sgv fordert mit Blick auf die Tertiärstufe konkret, die in der Bundesverfassung festgeschriebene
Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung endlich durchzusetzen. Die Höhere Be-
rufsbildung (Tertiär B) muss gestärkt werden. Die unterschiedliche Positionierung von Bildungsgängen
ist aufzuheben. Damit können Bund und Kantone diese auch finanziell gleich behandeln und vereinfach-
en. Gerade die KMU-Wirtschaft ist auf ein funktionierendes System der Höheren Berufsbildung an-
gewiesen – schliesslich rekrutiert sie daraus ihre künftigen Kader und Unternehmer. Vor diesem Hin-
tergrund ist nicht länger nachvollziehbar, weshalb die Studiengebühren eines Medizinstudenten an der
Uni Genf (Tertiär A) gerade einmal 7300 Franken betragen, währenddem der Schreinermeister für
seine Meisterausbildung (Tertiär B) zwischen 70`000 und 100`000 Franken hinblättert.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen ist für den sgv das vorliegende Weissbuch „Debatte Zu-
kunft Bildung“ keine genügend fundierte Basis, um in diesem Rahmen auf eine konstruktive Bildungs-
debatte eintreten zu können.

Bruno Weber-Gobet
Leiter Bildungspolitik Travail.Suisse

Das Weissbuch zeigt, dass die akademische Welt, die dieses Buch herausgegeben hat, weit weg ist von der Berufsbildung. Anzeichen dafür sind:

- Die Berufsbildung wird im Weissbuch kaum erwähnt, und wenn ja, absolut oberflächlich.
- In der Medienarbeit wird die Berufsbildung pauschal als Auslaufmodell bezeichnet. In der Begründung finden sich allerdings keine Hinweise darauf, dass die Vertreter dieser Meinung das schweizerische Berufsbildungssystem wirklich kennen.
- Bei der Forderung, dass Zweidrittel eines Jahrgangs einen Abschluss auf Tertiärstufe erwerben soll, wird ausgeblendet, dass über den Berufsbildungsweg heute doppelt so viele Personen auf Tertiärstufe ausgebildet werden wie auf dem gymnasialen Weg.
- Bei wichtigen Forderungen wie „Kompetenzorientierung“ und „informelles Lernen“ ist zu spüren, dass die akademische Welt überhaupt nichts von dem weiss, was in den letzten 10 Jahren an Reformen in der Berufsbildung durchgeführt wurde.

Wer mit der Anspruch auftritt, „Thesen über Anforderungen und Ziele des schweizerischen Bildungssystems für die Zeit um 2030“ auszuformulieren, darf die Berufsbildung nicht in dieser Art ausblenden. In ihr werden gegenwärtig immerhin über 220'000 Personen ausgebildet, die OECD attestiert dem schweizerischen Berufsbildungssystem Höchstnoten, die Jugenderwerbslosigkeit ist auch Dank der Berufsbildung im Verhältnis zu anderen Ländern gering, der Reichtum der Schweiz beruht gerade auch auf einer starken Berufsbildung, die Innovationsfähigkeit der Berufsbildung ist hoch. Dieses System ist nicht als Auslaufmodell zu taxieren, sondern es verdient es, dass man es ernsthaft anschaut und mithilft, wichtige neue Reformschritte vorzubereiten, damit es zukunftsfähig bleibt.

Zukunft Bildung Schweiz

Anmerkungen zum Papier der Akademien der Wissenschaften Schweiz, disk. am 24.9.09 in Biel

Peter Sigerist, Zentralsekretär Ressort Bildung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)

1. Der Text „Zukunft Bildung Schweiz – Anforderungen an das schweizerische Bildungssystem 2030“ der Akademien der Wissenschaften Schweiz ist derart widersprüchlich, dass er riskiert, seine Zielsetzungen weit zu verfehlen.. Zudem wurde der Vorschlag der Öffentlichkeit provozierend vorgestellt: In einem kommunikativen Super-GAU hat der Hauptautor des Textes die Berufsbildung als Auslaufmodell bezeichnet. Der Diskussionsbeitrag riskiert deshalb, in einer stumpfen Polemik Berufs- vs. Allgemeinbildung zerrieben zu werden, ohne dass die an sich guten Überlegungen und Zielsetzungen überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Möchten die Akademien ihre „Roadmap“ entsprechend politisch umsetzen, würde dies den Streit zwischen Berufs- und Allgemeinbildung derart entfachen, dass höhere Bildungsausgaben in weite Ferne rücken und dass wichtige Akteure der Berufsbildung sich noch stärker überfälligen Reformen, insbesondere der Stärkung der Allgemeinbildung in der Berufsbildung, verschliessen würden.

2. Die Widersprüchlichkeit ist bereits in den methodischen Mängeln und in der äusserst beschränkt konsultierten Literatur angelegt: Dem eröffnenden Kapitel „Randbedingungen“ fehlt die historisierende Dimension bei der Darstellung des schweizerischen Bildungssystems. Die Berufsbildung gibt es als paralleles System zur Allgemeinbildung gar nicht, obwohl diese ab Sekundarstufe II quantitativ die grösste Gruppe der Lernenden umfasst und seit 2006 auch verfassungsmässig gegenüber der Allgemeinbildung als gleichwertiges Bildungssystem verankert ist und vom Bund gefördert werden muss. Die verstärkte Tertiärisierung der Berufsbildung dank der wichtigsten Bildungsreform in den 90er Jahren, der Einführung der Berufsmaturität, die in die Fachhochschulen führt, wird weder quantitativ noch qualitativ gewürdigt. Die laufenden Anstrengungen, die im Arbeitsmarkt stark nachgefragten VET-Curricula auf der Tertiär-A und B-Stufe international anerkennen zu lassen, werden nicht zur Kenntnis genommen (oder sind gar nicht bekannt?).

3. Im Kapitel „Szenario 2030“ sind Zielsetzungen zu finden, die keinen Widerspruch herausfordern: „Chancengleichheit wurde (2030) in dem Sinne erreicht, dass nun die soziale Herkunft nicht mehr der entscheidende Faktor für den Bildungserfolg ist.“ (S. 14) Oder: „(...) durch (Bildung) sollen alle sich zu freien und verantwortungsbewussten Personen entwickeln, die in der Lage sind, aktiv und mit umfassender Kenntnis ihrer Rechte und Pflichten am Leben der Gesellschaft teilzunehmen.“ (S. 15) Weitere entsprechende Zielsetzungen könnten zustimmend angeführt werden, vom abnehmenden Gegensatz zwischen den „harten“ Natur- und Ingenieur sowie den „weichen“ Geistes- und Sozialwissenschaften, über den Laizismus der Schule und die verstärkte nationale Kompetenz im Bereich der Hochschulen bis hin zum angestrebten Mitteleinsatz für die Bildung von 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (S. 19), hauptsächlich aus staatlichen Mitteln (S. 18).

4. Das „Szenario 2030“ lebt aber grundsätzlich vom Geist der Binnensicht im Bildungssystem und fokussiert auf den Willen jedes Einzelnen und dessen Lernbereitschaft, um so seine Stellung in der Gesellschaft zu verbessern. Das kommt einer Idealisierung der Wirkung von Bildung gleich, denn Bildungsanstrengungen allein haben noch nie die Gesellschaft sozialer gemacht. Dafür braucht es auch sozialere Politiken in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

5. Wollen die Akademien für die Ausarbeitung eines „Nationalen Bildungsprogramms“ eine ernst zu nehmende Rolle spielen, müssen sie vermehrt mit allen bildungspolitischen Akteuren zusammen sitzen und Vorschläge entwickeln, die geschichts- und faktenbasierter abgestützt sind und die vor allem nicht die bildungspolitischen Entscheidungsträger in Anhänger der Allgemein- und Anhänger der Berufsbildung spalten, weil beide parallel gewachsenen Bildungssysteme einen hohen Reform- und

Mittelbedarf haben. Eine sich befehdende Bildungs-Lobby wird aber kaum Mehrheitsbeschafferin für zusätzliche finanzielle Mittel für die Bildung.

6. Weil „Zukunft Bildung Schweiz“ die Berufsbildung als Wüste darstellt, erlauben wir uns mit dem Beitrag „Wie krisenfest ist die duale Berufsbildung“ diese Wüste ein bisschen zu bewässern.

Wie krisenfest ist die duale Berufsbildung?

Anmerkungen zur Berufsbildungsforschung und Berufsbildungspolitik in der Schweiz

Lange fehlte es an vertiefenden, über die enge Ressortforschung des Bundes hinausweisenden Diskussionen und historischen Studien über die Entwicklung der Berufsbildung in der Schweiz. Seit kurzem hat sich dies verändert. Mehrere neuere Publikationen, darunter Berichte der OECD, entwickeln Thesen, die zu verarbeiten wären. Schweizerische Berufsbildungspolitik wird auch dank diesem erweiterten Blickfeld deutlich spannender und herausfordernder. Die brisanteste Herausforderung: Wie bewältigt die Berufsbildung die nun auch auf den Lehrstellenmarkt durchschlagende Krise?

Noch 1999, als eine Expertenkommission begann, das neue (2004 in Kraft getretene) Berufsbildungsgesetz zu erarbeiten, erhielten wir von Seiten der Fachbehörden und der Forschung auf fast alle unsere Fragen eine abschlägige Antwort: Für eine seriöse Beantwortung lägen leider keine Daten und Erkenntnisse vor. Die Berufsbildung war das Stiefkind in der Bildungsforschung, entsprechend ihrem tieferen gesellschaftlichen Ansehen bei den Schweizer Eliten, die sich in der Regel an der akademischen Laufbahn orientieren. Damals mussten für alle wichtigen Fragen kurzfristig Forschungsaufträge an KOF/ETH, Uni-Institute oder Beratungsfirmen vergeben werden.

Aufbau der Ressortforschung

Gleichzeitig mit der Inkraftsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes initiierte und finanzierte deshalb das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) ein neues Forschungsprogramm in der Berufsbildung – und setzte damit auch neue Impulse. Sechs Themenkreise wurden definiert und sogenannten „Leading Houses“ zugeordnet.¹ In der Öffentlichkeit haben bisher allerdings nur die Resultate zu Kosten und Nutzen der Berufsbildung aus dem Themenkreis „Berufsbildungsökonomie“ eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten; sie konnten auch für die Kampagne von Bund und Kantonen zur Stärkung der Berufsbildung und zur Förderung von Lehrstellen (www.berufsbildungplus.ch) eingesetzt werden.

Die verschiedenen Forschungsarbeiten wurden einem Fachpublikum am „Internationalen Berufsbildungskongress“ vom 25. bis 27. März 2009 am Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) vorgestellt (www.ehb-schweiz.ch). An diesem Kongress wurde auch die vom BBT mitfinanzierte neue wissenschaftliche Zeitschrift „Empirical Research in Vocational Education and Training (ERVET)“ vorgestellt. In zwei Jahren soll ein Folgekongress stattfinden.

Für die weitere Entwicklung der Berufsbildungsforschung ist es allerdings wichtig, dass die bisher vom BBT lancierten und gesteuerten Forschungsschwerpunkte möglichst rasch von der freien Forschung übernommen werden, und dass alle Hochschulinstitute, die das möchten, daran partizipieren können. Der Zuschlag darf nur nach Qualitätskriterien des Projekt-Designs und der bisherigen Forschungskompetenz erfolgen. Die Grundlagenforschung ist dabei ebenso zu fördern wie die steuerungsorientierte Forschung. Das bisher dominierende kleine Leitungsnetzwerk der „Leading Houses“ muss deutlich erweitert werden.

Internationale Aufmerksamkeit für die duale Berufsbildung in der Wirtschaftskrise

Unter dem Eindruck der hohen Jugendarbeitslosigkeit auch in den hoch entwickelten Ländern ist das Interesse der OECD an den Ländern mit dualen Berufsbildungssystemen stark gestiegen. Im März und im April 2009 veröffentlichte die OECD zwei Berichte zur Schweiz – einen zur Innovationskraft des Berufsbildungssystems (OECD 2009a) und einen allgemeinen Länderbericht zum Berufsbildungssystem (OECD 2009b). Im Mai 2009 erfolgt die Veröffentlichung eines vergleichenden Länderberichts zur Berufsbildung. Die OECD gibt dem schweizerischen Berufsbildungssystem allgemein gute Noten. Sie weist in ihren Empfehlungen aber auch deutlich auf die Grenzen der Berufsbildung hin. Insbesondere unterstreicht der Länderbericht die negativen Auswirkungen der laufenden Wirtschaftskrise auf den Lehrstellenmarkt. Die OECD empfiehlt der Schweiz nicht nur, die Datenlage über die Berufsbildung zu verbessern, sondern auch mittels staatlicher Angebote im Falle des Marktversagens eine Bildungsrationierung zu verhindern. Ausbildende Betriebe sollen, zeitlich limitiert, während der Krise finanzielle Anreize erhalten. Insbesondere die öffentliche Verwaltung soll ihr Ausbildungsengagement erhöhen. Auch die Genderfrage – für Frauen stehen deutlich weniger Lernberufe offen als für Männern – erfordert nach Einschätzung der OECD spezifische Anstrengungen, ebenso der ungenügende Sprachenunterricht in der Berufsbildung. Die OECD empfiehlt der Schweiz mit Blick auf die tiefe Wirtschaftskrise auch, mehr staatlich finanzierte Angebote an Vollzeitschulen der Berufsbildung (öffentliche Lehrwerkstätten) zur Verfügung zu stellen, zumindest bis zum nächsten Aufschwung. Die OECD-Länderberichte bestätigen in allen zentralen Punkten die Kritik, die wir seit Jahren vertreten, und sie stützen unsere Vorschläge.

Die Empfehlung zusätzlicher Vollzeitschulen wird durch eine erst kürzlich erschienene Vergleichsstudie zum Berufsbildungssystem in den Niederlanden und in der Schweiz untermauert, die die Akzeptanz von vollschulischen und dualen Berufsbildungswegen auf dem Arbeitsmarkt überprüfte: „In beiden Ländern erachten die Arbeitgeber die Kompetenzen der Jugendlichen aus beiden Ausbildungswegen als identisch, abgesehen von einigen Nuancen. Nach einer Betriebslehre scheinen Jugendliche unmittelbar effizienter; sie fügen sich ein und kooperieren besser. Die Absolventen einer Vollzeitschule hingegen lassen mittel- und langfristig ein grösseres Potenzial vermuten, da sie problemorientiert vorgehen und offener sind für Weiterbildung und Innovation.“ (Zulauf 2009)

Unverständlich ist allerdings, dass der in der deutschen Debatte vorgebrachte Vorschlag, die Lehrlingslöhne, zumindest vorübergehend, zu senken, von der OECD nun auch an die Schweiz gerichtet wird, obwohl die Kosten-Nutzen-Studien gerade wegen der tiefen und seit über zehn Jahren stagnierenden Lehrlingslöhne und wegen der höheren durchschnittlichen betrieblichen Produktivzeiten für die duale Berufsbildung in der Schweiz eine höhere Rentabilität nachweisen als in Deutschland. Weniger kritisch sieht eine im Auftrag der Bertelsmann Stiftung Ende 2008 veröffentlichte Studie (Rauner 2008) die Schweizer Berufsbildung: Das deutsche und das schweizerische System vergleichend kommt sie zum Schluss, Deutschland solle sich an den effizienteren Steuerungsmechanismen der Schweiz orientieren, um wieder mehr Jugendlichen Ausbildungsplätze zu verschaffen.

Die Berufsbildungsdebatte zwischen Idealisierung und Problematisierung

Ausserhalb der Auftragsforschung sind in letzter Zeit etliche Publikationen erschienen, die der Berufsbildungssteuerung neue Impulse geben können. Das Buch von R. Strahm „Warum wir so reich sind“ hat ein für das Thema Berufsbildung breites Echo ausgelöst. Je nach Standpunkt kann dieses sehr anregende und – wie immer bei Strahm – auch didaktisch für den

Berufsfachschulunterricht hervorragend aufbereitete Buch als Verteidigungsschrift, ja beinahe als Idealisierung oder aber Problematisierung der schweizerischen dualen Berufsbildung gelesen werden. Die Rezeption scheint bisher der Idealisierung zu verfallen. Den (wenn auch ungleich verteilten) Reichtum in der Schweiz führt Strahm vor allem auf den Erfolg der dualen Berufsbildung zurück. Er relativiert diese monokausale Erklärung allerdings gleich selbst, wenn auch nicht explizit. Die Beschäftigungsquote in der Schweiz ist zwar hoch, beruht aber auf einem gewichtigen Anteil an Kleinpensen, von denen vor allem Frauen (auch unfreiwillig) betroffen sind. Die bezahlte Arbeit wird zu 65 Prozent von Männern und nur zu 35 Prozent von Frauen geleistet. Gerade umgekehrt verhält es sich bei der unbezahlten Arbeit: Diese wird zu 65 Prozent von Frauen und nur zu 35 Prozent von Männern geleistet, obwohl diese Arbeit volkswirtschaftlich etwa gleich viel Wert erzeugt. Die Frauen sind auch innerhalb des (Berufs-)Bildungssystems benachteiligt. Berücksichtigt man zudem die fehlenden Betreuungsangebote bzw. die Abwesenheit der Väter in der Care Ökonomie, so führt dies zu einer *ungleichen* Verteilung des Reichtums. Oder anders gesagt: trotz Berufsbildung sind viele Menschen nicht vor Armut oder Benachteiligung gefeit. Und: Berufsbildung als Chance zu biografischer Entfaltung kann durch die asymmetrische Lastenverteilung wieder zunichte gemacht werden.

Anzumerken ist ferner, dass ein grosses Beschäftigungssegment, auf das sich der wirtschaftliche Reichtum der Chefs in der Schweiz ebenfalls abstützt, aus Personen besteht, die nur zum geringsten Teil das duale Berufsbildungssystem durchlaufen haben: Es sind die 2.2 Mio. Arbeitsplätze, die durch die 630 Mrd. Schweizer Franken Direktinvestitionen im Ausland geschaffen wurden (Stand 2006), und die zu den knapp vier Millionen Lohnabhängigen im Inland hinzuzuzählen sind. Kritisch ist auch Strahms Einschätzung der Krisenfestigkeit der dualen Berufsbildung zu beurteilen. Für die Einschätzung der Bedeutung der Jugendarbeitslosigkeit ist nur ihr Verhältnis zur durchschnittlichen Arbeitslosigkeit aussagekräftig. Die neunziger Jahre haben gezeigt: Auch das schweizerische duale Berufsbildungssystem konnte aus konjunkturellen und strukturellen Gründen nicht verhindern, dass die Jugendarbeitslosigkeitsrate sich verdoppelte und das Niveau anderer Länder erreichte. Dabei gilt es zusätzlich zu berücksichtigen, dass mittlerweile ein Fünftel der Schulabgänger/innen in die mehrheitlich über Steuergelder oder über die Arbeitslosenversicherung finanzierten Warteschlangen der Brückenangebote geschickt und mehrere Tausend Jugendliche jährlich von keiner Statistik erfasst werden. Fraglich sind auch die von Strahm angeführten Vergleiche zwischen der Deutschschweiz (durch duale Berufsbildung geprägt) und der Romandie (viel höherer Anteil vollzeitschulischer Berufsbildung), haben sich doch mit der Verschärfung der Krise die Jugendarbeitslosigkeitsraten in beiden Landesteilen angeglichen.

Strahm ortet im Buch einige strukturelle Defizite der dualen Berufsbildung in der Schweiz, die wir bestätigen können: so etwa die Diskriminierung der Migrant/innen; oder die überdurchschnittliche Ausbildungsrate in Gewerbe und Exportindustrie gegenüber einer mangelnden Ausbildungsbereitschaft und -intensität im Dienstleistungsbereich sowie in den Firmen mit ausländischem Eigentümer. Letzteren Befund hat eine im Frühjahr 2009 veröffentlichte Erhebung der KOF/ETH bestätigt (Hollenstein/Stucki 2009): Ausländisch beherrschte Firmen weisen eine wesentlich tiefere Bereitschaft zur Ausbildung von Lehrlingen auf. Fazit: Strahms Buch ist nützlich, engagiert und kritisch. Es wird der Entwicklung der Schweizer Berufsbildung dann helfen, wenn diese nicht unnötig idealisiert, sondern realistisch eingeschätzt wird.

Bildungssystem nivelliert soziale Ungleichheiten nicht

Fast zeitgleich sind auch deutlich kritischere Diskussionsbeiträge zum Berufsbildungssystem erschienen, die die soziale Ungleichheit in der Bildung und nicht den ökonomischen Nutzen im Fokus haben: Im Sozialbericht 2008 weist Thomas Meyer (2009) in seinem Beitrag „Wer hat, dem wird gegeben: Bildungsungleichheit in der Schweiz“ eindrücklich nach, wie die Selektionsmechanismen im schweizerischen Bildungssystem die soziale „Vererbung“ des Bildungsstatus zementieren. Er weist nach, dass das „Migrantenproblem“ im Grunde kein kulturelles oder ethnisches, sondern ein Problem der sozialen Schichtung ist und dass „der ausgeprägte und dauerhafte Mangel an Ausbildungsplätzen auf der Sekundarstufe II ungleichheitsverschärfend wirkt“.

Im Caritas-Sozialalmanach 2009 zeigt Ernest Albert („Passt der Nachwuchs?“), wie die sich beschleunigt wandelnde Gesellschaft die Stärken eines auf Verbindlichkeit ausgelegten Berufsbildungssystems unterwandert. Er warnt vor den Nachteilen, die eine sture Orientierung an der Norm „Nachwuchs und Bildungssystem haben auf den Bedarf der Arbeitgeber zu passen“ mit sich bringt.

Grundsätzlich argumentiert das von Gemperle/Streckeisen (2007) herausgegebene Buch „Ein neues Zeitalter des Wissens?“. Im einführenden Artikel wird die ideologische Überladung des Begriffs der „Wissensgesellschaft“ analysiert und gezeigt, wie „Wissen als anthropologisches Phänomen untrennbar mit jeder menschlichen Tätigkeit verbunden (ist) und sich demnach schlecht zur Unterscheidung historischer Gesellschaftsformationen eignet“. Dieser wichtigen allgemeinen Kritik mögen dann die einzelnen Beiträge keinen wirklichen Mehrwert hinzufügen. Auch der einzige Beitrag in französischer Sprache, der sich ausschliesslich der Berufsbildung widmet, bleibt zu stark in Allgemeinplätzen stecken.

Zur Geschichte der Berufsbildung und der Jugendarbeitslosigkeit

Der breit angelegte Diskussionsband „75 Jahre eidg. Berufsbildungsgesetz“ (Bauder/Osterwalder 2008) zeigt eindrücklich und anregend auf, wie das schweizerische Berufsbildungssystem sich historisch entwickelt, von welchen internationalen Einflüssen und Debatten es Impulse aufgenommen und wo es eigene Wege beschritten hat. Die unterschiedlichen Strategien der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen werden anschaulich referiert und mit Originaldokumenten der Exponent/innen veranschaulicht. Der differenzierte Diskussionsbeitrag von Bauder und Osterwalder von der Universität Bern verdiente eine breitere Aufmerksamkeit. Auch die historische Aufarbeitung des „Bildungsraum Schweiz“ von Martina Späni kommt zu ähnlichen Einschätzungen wie Bauder und Osterwalder.

Wer sich die Frage stellt, warum es so schwierig ist, in der reichen Schweiz – besser: in der Schweiz der Reichen – ein Bildungssystem zu schaffen, das den sozialen Bedürfnissen aller Jugendlichen gerecht wird, erhält interessante Teilantworten von einer eben veröffentlichten Diplomarbeit an der Fachhochschule Soziale Arbeit Bern. Kathrin Iten und Aline Schulthess schreiben in der Zeitschrift Panorama 1/09 zu ihrer Arbeit „Jugendarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren“: „Vieles in unserer Untersuchung deutet darauf hin, dass sich die Werte und Normen im Vergleich zu den Dreissigerjahren verändert haben: den jugendlichen Arbeitslosen wird heute von der Gesellschaft weniger Solidarität und Wertschätzung entgegengebracht. Aus damaliger Sicht wurden die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht dem Individuum zugeschrieben, sondern lagen strukturell in der schlechten Wirtschaftslage begründet. Arbeitslose wurden als ‚Opfer‘ wahrgenommen, was sich denn auch in einem positiven Bild der Betroffenen spiegelte.“

In den kommenden Monaten und Jahren wird das duale Berufsbildungssystem nach einer nur kurzen und schwachen Erholung im Angebot von Lehrstellen erneut auf die Krisenprobe gestellt. Was zu tun ist, wissen wir heute besser als 1999. Ob es getan wird, hängt vom politischen Willen der entscheidenden Akteure ab. Und dazu zählen die Jungen selbst. Es sollte niemanden überraschen, wenn nach dieser bereits sehr langen Durststrecke bei einem erneuten Rückgang der Lehrstellenangebote zumindest ein Teil der Jugend sich ihrer Mobilisierungsfähigkeit erinnern wird.

Anmerkungen

1 siehe www.bbt.admin.ch/Berufsbildung/Berufsbildungsforschung

Literatur

Albert, Ernest, 2009: Passt der Nachwuchs? In: Caritas (Hrsg.): Sozialalmanach 2009. Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Luzern

Bauder, Tibor / Osterwalder, Fritz (Hrsg.), 2008: 75 Jahre eidg. Berufsbildungsgesetz. Bern: hep

Criblez, Lucien (Hrsg.), 2008: Bildungsraum Schweiz. Bern: Haupt

Gemperle, Michael / Streckeisen, Peter (Hrsg.), 2007: Ein neues Zeitalter des Wissens? Zürich: Seismo

Hollenstein, Heinz / Stucki, Tobias, 2009: Determinanten des Angebots an Lehrstellen. KOF/ETH-Analysen, Frühjahr 2009

Iten, Kathrin / Schulthess, Aline, 2008: Jugendarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. FH Soziale Arbeit. Bern (vgl. Panorama 1/09)

Meyer, Thomas, 2009: Wer hat, dem wird gegeben: Bildungsungleichheit in der Schweiz. In: Suter, Christian et al. (Hrsg.): Sozialbericht 2008. Zürich: Seismo

OECD, 2009a: Systemic Innovation in the Swiss Vocational Education and Training (VET-) System. Paris

OECD, 2009b: Länderbericht zur Berufsbildung in der Schweiz: Learning for Jobs. OECD Policy Reviews of Vocational Education and Training. Paris, April 2009 (vorerst nur im Internet in Englisch verfügbar. Link über www.bbt.admin.ch/Internationales)

Rauner, Felix, 2008: Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich. Verlag Bertelsmann Stiftung

Späni, Martina, 2008: Der Bund und die Berufsbildung – von der „verfassungswidrigen Praxis“ zum kooperativen Monopol. In: Criblez, Lucien (Hrsg.): Bildungsraum Schweiz. Bern: Haupt

Strahm, Rudolf, 2008: Warum wir so reich sind. Bern: hep

Zulauf, Daniel, 2009: Vollzeitschule vs. Betriebslehre. Niederlande und Schweiz im Vergleich. In: Panorama Heft 2

Schlussnahmen aus der Debatte

Prof. Dr. Ernst Buschor, Forumbildung

Es gilt das gesprochene Wort

Die Debatte zeigt die Vielschichtigkeit und Komplexität der Bildungsproblematik, die bei der Vielzahl von Stakeholdern nicht überrascht. Es ist kaum möglich, auf gut 30 Seiten einen überzeugenden neuen Design zu entwerfen.

Die Autoren haben eine Reihe wichtiger Aspekte aufgeworfen, von denen ich folgende erwähne: Die Bedeutung der frühkindlichen Phase wird in der Schweiz immer noch unterschätzt. Das Gleichgewicht von Fach- und Sozialkompetenz wird in einer globalen tertiären Gesellschaft zentral. Das Bildungswesen hat in zunehmendem Masse auch globalen Anforderungen zu genügen, wobei wir Gefahr einer „defensiven Modernisierung“ laufen. Lebenslanges Lernen ist einer alternden Gesellschaft unabdingbar. Die Schlüsselrolle spielt auch in Zukunft die Lehrperson, die aber im System besser vernetzt sein muss. Zurzeit besteht allerdings auch die Gefahr einer übertrieben dimensionierten Bildungsbürokratie. Auf Bundesstufe ist die Bildung in einem Departement zusammenzufassen.

Der Bericht hat auch einige Schwächen. Die meisten Vorschläge sind ungenügend begründet. Die damit verbundenen Implementationsprobleme sind nicht behandelt oder unterschätzt. Die Berufsbildung ist krass unter- und die Akademikerbildung überschätzt. Es wird m.E. von der Führungsrolle des Bundes zu viel erwartet, der immerhin – abgesehen von der Forschung – finanziell klarer „Minderheitsaktionär“ im Bildungssystem ist.

Das Weissbuch leidet auch an den typischen Schwächen solcher Dokumente. Die hohe Dichte und Breite der Aussagen ist zumindest für eine öffentliche Debatte nicht kommunizierbar. Die Vorschläge sind mehrheitlich ungenügend ausformuliert – was beim Umfang der Publikation auch nicht möglich ist. So rückte ein Satz über die Berufsbildung ins mediale Interesse. Die folgenden Sätze zur Abschaffung der Hochschuleintrittsberechtigung durch die Maturität – ein heisses Eisen der Maturitätsreformdebatte – wurden kaum beachtet. Schweizerische Politik entzündet sich meistens auf der operativen Ebene im Streit um Details. Auseinandersetzungen werden kaum auf der strategischen Ebene geführt. Ein Beispiel ist die Harnosdebatte, ein Projekt, dass sich durchaus auf der Ebene der neuen Bildungsartikel bewegt, jetzt aber plötzlich kontrovers ist.

Die Debatte des Weissbuchs „Aufbruch in die Zukunft“ verlief 1995 ähnlich: einzelne Sätze wurden herausgegriffen und führten zu Pauschalurteilen über das Weissbuch. Immerhin löste es eine Debatte über die Schweizer Wirtschaftspolitik aus und führte zur Gründung eines Think Tanks der Wirtschaft, AVENIR SUISSE. Das Forumbildung wird als unabhängige Institution mit allerdings erheblich weniger Mitteln versuchen, die Bildungsdiskussion zu unterstützen.

Das Weissbuch hat eine Diskussion ausgelöst, was zu begrüßen ist. Es ist nun aber wichtig, dass es nicht bei einer Apologie der ohnehin politisch kaum bestrittenen Berufsbildung bleibt, sondern dieser wie auch andere Bildungsbereiche kritisch-konstruktiv analysiert werden. Wir brauchen eine Debatte über die Neuordnung der Governance in den einzelnen Bildungsbereichen. Im Zentrum muss die autonome, innovative Schule von hoher Qualität stehen. Sie soll nicht eingeengt werden durch überrissene Genehmigungsverfahren für hunderte von Ausbildungen, deren rechtzeitige Aktualisierung ohnehin eine Illusion ist. Wir müssen primär breit angelegte, lebensfähige und eurokompatible Institutionen akkreditieren, die zusammen mit einer breiten Partnerschaft zeitgemässe Ausbildungen gewährleisten. So sind über 130 Institutionen der tertiären Berufsbildung viel zu viel. Solche Institutionen müssen einen Brand aufbauen – wie die ETH, die HSG oder die ABB Schule.

Berufsmatura und Fachhochschulen sind wichtige Innovationen. Die Durchlässigkeit ist aber nach wie vor ungenügend (z.B. von der Gymnasialmatura in die Fachhochschulen), die berufliche Tertiärausbildung ist unübersichtlich und in weiten Teilen nicht eurokompatibel. Die Förderung des lebenslangen Lernens steht an den Anfängen. Die Mittelverteilung auf die einzelnen Bereiche ist unausgewogen, was auch auf Strukturdefizite (Tertiärstufe B) zurückzuführen ist.

Es bleibt noch viel zu tun. Vieles ist im Weissbuch angesprochen. Packen wir es an!